



**Friedrich
Ebert** 
Stiftung

Daphne Halikiopoulou, Universität York
Tim Vlandas, Universität Oxford

Fünf rechtsradikale Wählergruppen, die Progressive für sich gewinnen können

Ein Kern-Rand-Modell zur Rückgewinnung von Wähler:innen

Die Herausforderung: Wähler:innen von aufstrebenden rechtsradikalen Parteien zurückgewinnen

Rechtsradikale¹ oder nationalkonservative Parteien haben europaweit erhebliche Wahlgewinne erzielt und üben zunehmend Einfluss auf die Politikgestaltung aus. Ihr Erfolg beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Gewinn von Stimmen oder Sitzen. Rechtsradikale Parteien prägen zunehmend politischen Agenden, definieren politische Debatten neu und bringen zentrale Elemente ihrer Programme in den Mainstream. Infolgedessen hat die langjährige Strategie, diese Parteien zu isolieren oder sie von Ämtern auszuschließen – der »Cordon sanitaire« – Risse bekommen oder wurde zum Auslaufmodell.

Rechtsradikale Parteien profitieren heute von größerer parlamentarischer Legitimität, stärkeren organisatorischen und finanziellen Ressourcen, engeren transnationalen Netzwerken und einem gemäßigeren öffentlichen Image.

In mehreren Ländern sind sie in der Regierung vertreten oder sogar zur dominierenden Kraft geworden, während sie auf europäischer Ebene stärker vertreten sind und mehr Möglichkeiten haben, politische Themen zu bestimmen.

Dies stellt progressive Akteur:innen innerhalb des politischen Mainstreams vor eine zweifache Herausforderung: Sie müssen nicht nur bei Wahlen mit rechtsradikalen Parteien konkurrieren, sondern auch ein Gegenrezept dazu finden, dass die Radikale Rechte immer stärker politische Prioritäten setzt. Unter diesen Umständen versuchen viele Mainstream-Parteien und Politiker:innen, jene Wähler:innen zurückzugewinnen, die zu rechtsradikalen Parteien „übergelaufen“ sind. Damit das auch gelingt, ist ein genaues Verständnis davon, wer diese rechtsradikalen Wähler:innen sind und warum sie solche Parteien unterstützen, unerlässlich.

¹ In diesem Bericht verwenden wir den Oberbegriff „rechtsradikal“ (engl. „far right“) für politische Parteien und Gruppierungen, die ihre gesamten Positionen zu sozioökonomischen Themen auf Nationalismus basieren. Diese Parteien sind ideologisch und programmatisch in unterschiedlichem Maße auch autoritär und populistisch, können sich jedoch hinsichtlich ihrer Radikalität und ihrer demokratischen Positionierung unterscheiden (Halikiopoulou und Vlandas 2022).

Ein Irrglaube: Rechtsradikale Wähler:innen sind ebenso radikal und identitätsgetrieben wie die Parteien, die sie unterstützen

Beim Versuch, die rechtsradikale Wählerschaft zu verstehen, neigen progressive Akteur:innen dazu, ein stark vereinfachtes Bild von rechtsradikalen Wähler:innen heranzuziehen. Dieses leitet sich typischerweise aus dem Diskurs, der Rhetorik und der öffentlichen Positionierung rechtsradikaler Parteivorsitzenden ab, die üblicherweise Nationalismus, kulturelle Ausgrenzung und Ablehnung oder sogar Feindseligkeit gegenüber Zuwanderung betonen.

Dies wirft zwei analytische und strategische Probleme auf. Zunächst fördert es die Annahme, dass rechtsradikale Wähler:innen eine relativ homogene Gruppe bilden, die in erster Linie von ideologischen und kulturellen Motiven geleitet wird. Diese Annahme wird von der These vom „kulturellen Backlash“ gestützt.² Darüber hinaus werden in der Analyse des Erfolgs der Radikalen Rechten und der Entwicklung von politischen Gegenmaßnahmen kulturelle Konflikte, insbesondere im Zusammenhang mit Zuwanderung, zu sehr in den Vordergrund gerückt.

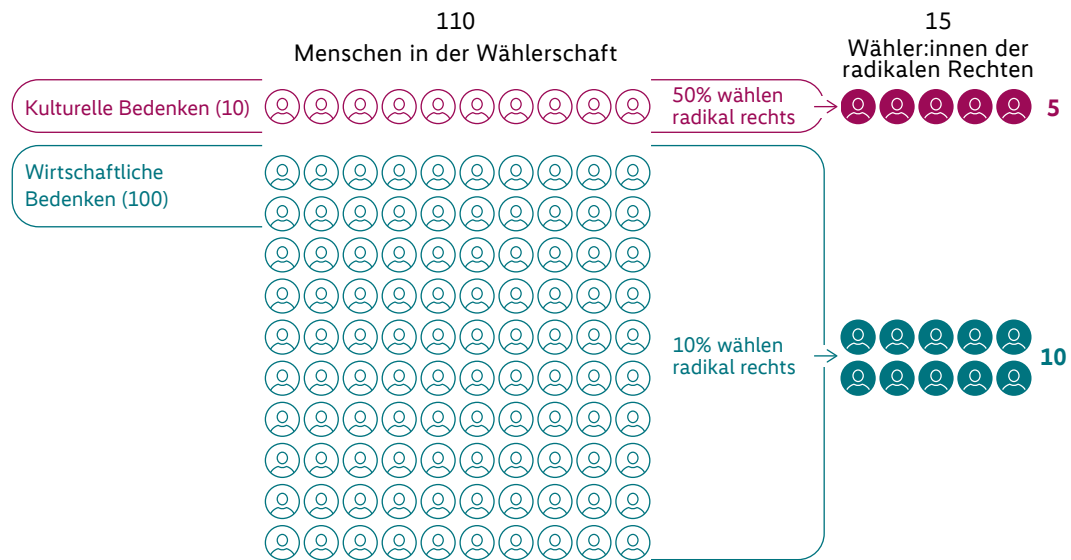
Eine immigrationsfeindliche Einstellung von Einzelpersonen ist tatsächlich ein starker Indikator für die Unterstüt-

zung rechtsradikaler Parteien, aber dieser Fokus lässt die Zusammensetzung der rechtsradikalen Wählerschaft als Ganzes in einem falschen Licht erscheinen. Jene Gruppen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit rechtsradikale Parteien unterstützen, sind zahlenmäßig klein, jedoch können größere Gruppen mit einer weniger ausgeprägten ideologischen Bindung wahlentscheidend sein. Einfach ausgedrückt: Eine bestimmte Person stimmt mit hoher Wahrscheinlichkeit für eine rechtsradikale Partei, aber eine Gruppe von Personen mit derselben Einstellung macht eventuell nur einen kleinen Anteil der Wählerschaft der Partei aus.

Betrachten wir eine hypothetische Wählerschaft von 110 Personen. Zehn dieser Wähler:innen sind in erster Linie aus kulturellen Gründen gegen Zuwanderung, während die anderen 100 vor allem wirtschaftliche Bedenken ins Treffen führen. Wenn fünf der kulturell motivierten Wähler:innen eine rechtsradikale Partei unterstützen, im Vergleich zu zehn der wirtschaftlich motivierten Wähler:innen, dann werden 50 Prozent der erstgenannten Gruppe, jedoch nur 10 Prozent der letztgenannten Gruppe rechtsradikal wählen. In absoluten Zahlen sind jedoch die Wähler:innen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen gegen Zuwanderung aussprechen, für den nationalen Wahlerfolg von größerer Bedeutung.

Warum ein „höherer Anteil“ nicht immer „mehr Stimmen“ bedeutet³

Eine kleine Gruppe kann prozentual eine stärkere Unterstützung für die radikale Rechte aufweisen, doch die größere Gruppe kann aufgrund ihrer absoluten Größe die Wahl entscheiden.



Ein falsches Verständnis davon, wer rechtsradikale Wähler:innen sind, führt zu ineffektiven Strategien: Die Rhetorik der Radikalen Rechten wird nachgeahmt oder Parteien konkurrieren bei Themen, die rechtsradikale Parteien bereits für sich beanspruchen. Dies dürfte nur begrenzte Wahlerfolge bringen, birgt jedoch erhebliche politische Risiken.

Die Lösung: Wähler:innen am Rand ansprechen

Für eine wirksamere Strategie muss man über das Bild einer einzigen, archetypischen rechtsradikalen Wähler:in hinausgehen. Dieser Beitrag schlägt ein Kern-Rand-Wählermodell vor, um progressiven Kräften darzulegen, welche Wählergruppen nicht umgestimmt werden können und wo Wahlen tatsächlich gewonnen werden.

² Norris und Inglehart (2019).

³ Halikiopoulou und Vlandas (2022).

Was sind Kernwähler:innen und Rand-Wähler:innen?

Kernwähler:innen bilden eine relativ kleine, aber stabile Gruppe. Ihre Unterstützung für die Radikale Rechte ist ideologisch motiviert und in tief verwurzelten nationalistischen und ausgrenzenden Weltanschauungen begründet. Ihre Ablehnung der Zuwanderung beruht auf Prinzipien und ist kompromisslos; sie sind gegenüber rechtsradikalen Parteien langfristig loyal. Ihre Einstellung zu politischen Zugeständnissen oder einem Reframing ist äußerst resistent, weswegen sie für progressive Appelle weitgehend unempfänglich sind. Rand-Wähler:innen hingegen bilden eine viel größere und vielfältige Gruppe. Sie sind der Radikalen Rechten ideologisch weniger verbunden und politisch unbeständiger. Häufig sind sie Protestwähler:innen, geprägt von wirtschaftlicher Unsicherheit, sozialer Gefährdung sowie Unzufriedenheit mit öffentlichen Dienstleistungen und der Regierungsarbeit. Für viele Rand-Wähler:innen ist Zuwanderung ein zweitrangiges oder situationsabhängiges Anliegen, das eher mit materiellen Zwängen als mit kultureller Identität zusammenhängt. Diese Wähler:innen sind opportunistisch und nicht ideologisch und weniger loyal gegenüber rechtsradikalen Parteien.⁴

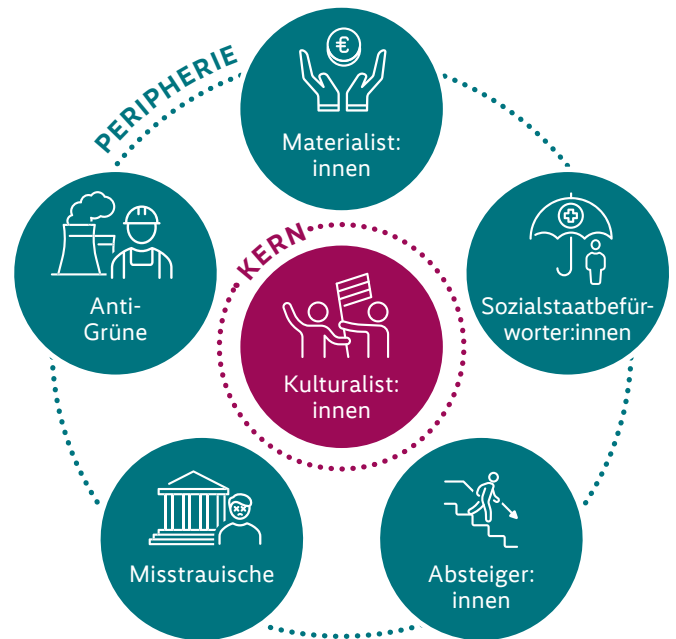
Rechtsradikale Parteien waren bei Wahlen nicht deshalb erfolgreich, weil sich ihr ideologischer Kern vergrößert hat, sondern weil sie in der Lage waren, breite Koalitionen von Wählern und Wählerinnen am Rand zu mobilisieren. Wahlen werden daher am Rand gewonnen – und können dort auch verloren werden.



Fünf rechtsradikale Rand-Wählergruppen

Im zweiten Schritt wird die Wählerschaft am Rand aufgliedert und Wählerprofile je nach Motiv, Unzufriedenheit und politischer Volatilität identifiziert. In diesem Beitrag werden neben den „kulturalistischen“ Kernwähler:innen fünf Rand-Wählergruppen identifiziert. Diese Profile spiegeln die Vielfalt der rechtsradikalen Wählerschaft wider und verdeutlichen, welche Gruppen potenziell für progressive Strategien empfänglich sind.

Kern- und Randwähler:innen der radikalen Rechten



Kulturalist:innen (Kernwähler:innen)⁵

»Kulturalist:innen« sind Kernwähler:innen der Radikalen Rechten, die in erster Linie von der Angst getrieben werden, dass Zuwanderung die nationale Kultur, Identität und soziale Normen bedroht. Sie sind in der Regel männlich, haben einen niedrigeren Bildungsstand und leben in ländlichen oder wirtschaftlich benachteiligten Gebieten. Sie betrachten Politik durch eine stark akzentuierte Gegenüberstellung der Eigengruppe (in-group) und der Fremdgruppe (out-group) und unterstützen eine Politik, die Inländer:innen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens bevorzugt.

Ihre Verbundenheit mit rechtsradikalen Parteien ist eher ideologischer Natur sowie stabil und weniger durch Protest motiviert. Diese Gruppe wird nicht durch ihre sozioökonomische Stellung bestimmt, sondern vielmehr von dem hohen Stellenwert, den sie der vermeintlichen kulturellen Bedrohung einräumen. Kulturalist:innen sind das loyalste Segment der rechtsradikalen Wählerschaft, jedoch machen sie in Ländern mit Wahlerfolgen rechtsradikaler Parteien nur einen relativ geringen Anteil dieser Wählerschaft aus. Ihre Ansichten sind ideologisch tief verwurzelt, weswegen sie für progressive Botschaften oder gezielte politische Maßnahmen weitgehend unempfänglich sind.

⁴ Vasilopoulou und Halikiopoulou (2023).

⁵ Halikiopoulou und Vlandas (2020).



Materialist:innen (Randwähler:innen)⁶

»Materialist:innen« werden durch wirtschaftliche Unsicherheit sowie reale oder vermeintliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt im Zusammenhang mit Einwanderung motiviert. Sie sorgen sich in erster Linie um den Arbeitsplatz, Lohn/Gehalt, Sozialleistungen, bezahlbares Wohnen und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Ihre Unterstützung für die Radikale Rechte ist in der Regel situationsabhängig und protestgetrieben und spiegelt eher eine Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien wider als eine starke ideologische Ausrichtung.

Materialist:innen machen einen größeren und politisch unbeständigeren Anteil der rechtsradikalen Wählerschaft aus. Im Gegensatz zu den Kulturalisten befürworten sie nicht notwendigerweise die gesamte nationalistische Agenda und könnten ihre Unterstützung anderweitig verlagern, sofern glaubwürdige wirtschaftliche Alternativen angeboten werden. Progressive Strategien, die Unsicherheiten verringern, öffentliche Dienstleistungen stärken und Verteilungskonflikte ins Visier nehmen, finden bei dieser Gruppe am ehesten Anklang.



Sozialstaatbefürworter:innen (Randwähler:innen)⁷

»Sozialstaatbefürworter:innen« sind hohen sozialen und wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt und legen großen Wert auf Sozialleistungen und staatliche Unterstützung. Ihr politisches Verhalten wird tendenziell von der Sorge um den Arbeitsplatz, ein sicheres Einkommen und soziale Risiken im Laufe ihres Lebens bestimmt.

Sie sind besonders in Westeuropa stark vertreten, vor allem in Ländern mit großzügigen Sozialsystemen, wo es rechtsradikalen Parteien gelungen ist, die soziale Absicherung als ein Nullsummenspiel darzustellen. Sie bilden einen großen und wahlpolitisch wichtigen Teil der rechtsradikalen Wählerschaft. Ihre Unterstützung ist jedoch meist situationsabhängig und spiegelt die Frustration darüber wider, dass die etablierten Parteien ihrer Meinung nach nicht in der Lage sind, wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten. Sie sind potenziell empfänglich für progressive Strategien, die auf stärkere allgemeine Sozialleistungen abstellen und den wahrgenommenen Wettbewerb um Sozialleistungen verringern.



Absteiger:innen (Randwähler:innen)⁸

»Absteiger:innen« haben einen sozialen oder wirtschaftlichen Abstieg erfahren und sind häufig aus einer zuvor sicheren Position in prekäre Verhältnisse geschlittert. Ihr politisches Verhalten ist geprägt von Verlust, Instabilität und unerfüllten Erwartungen.

Diese Gruppe tritt am deutlichsten in Ländern in Erscheinung, in denen der soziale Abstieg insgesamt relativ gering ausfällt, was wiederum den sozialen Abstieg für die Betrof-

⁶ Halikiopoulou und Vlandas (2020).

⁷ Vlandas und Halikiopoulou (2022).

⁸ Gugushvili et al. (2025); Halikiopoulou et al. (2025).

fenen besonders einschneidend werden lässt. Zwar macht diese Gruppe allein nur einen geringen Anteil der rechtsradikalen Wählerschaft aus, doch verstärkt sie die Unterstützung für die Radikale Rechte, wenn sie gemeinsam mit anderen Rand-Wähler:innen mobilisiert wird. Da ihre Unterstützung eher auf wirtschaftlichen Entwicklungen und weniger auf identitätsbasierter Kritik beruht, reagieren Absteiger:innen möglicherweise besonders positiv auf progressive Maßnahmen, die auf Arbeitsplatzsicherheit, mehr Leistungen der öffentlichen Hand, weniger Hindernisse beim Zugang zu Sozialleistungen und Wohnraum sowie den sozialen Aufstieg und die kollektive Vertretung abstellen.

Misstrauische (Randwähler:innen)⁹

»Misstrauische« Wähler:innen sind äußerst skeptisch gegenüber politischen Institutionen und unzufrieden mit der Demokratie in der Praxis. Sie betrachten Regierungsarbeit, Wirtschaftspolitik und politische Vertretung insgesamt negativ.

Ihre Unterstützung für die Radikale Rechte ist weniger ideologisch motiviert, sondern vielmehr von der Frustration über vermeintliche ausbleibende politische Antworten bestimmt. Diese Gruppe ist in ganz Europa weit verbreitet und wahlpolitisch signifikant. Ihr Verhalten ist unbeständig und protestorientiert, wodurch sie für spürbare Verbesserungen der Governance und der Leistungen der öffentlichen Hand empfänglich ist. Diese Verbesserungen haben wohl nur eine begrenzte oder gemischte Auswirkung auf den ideologischen Kern der Radikalen Rechten.

Anti-Grüne (Randwähler:innen)¹⁰

»Anti-Grüne« Wähler:innen lehnen Umweltpolitik ab, die sie als Bedrohung für die Arbeitsplätze, das Einkommen und sogar die wirtschaftliche Lebensfähigkeit ihrer Gemeinden empfinden. Sie leben meist in ländlichen Gebieten oder in der Peripherie und arbeiten in Branchen, die direkt von der Klima- und Energiewende betroffen sind.

Für diese Wählergruppe hat wirtschaftliche Sicherheit Vorrang vor Umweltbelangen. Sie unterstützen rechtsradikale Parteien, da sie sich vernachlässigt fühlen und das Gefühl haben, dass ihnen grüne Politik von abgehobenen Eliten aufgezwungen wird und die entstehenden Kosten ungerecht verteilt werden. Progressive Strategien müssen daher auf die lokalen wirtschaftlichen Gegebenheiten und die ungleichen territorialen Auswirkungen der Umweltgesetzgebung abstellen. Strategien für einen gerechten Umstieg sind unerlässlich, doch finanzielle Entschädigungsleistungen allein reichen nicht aus; sie müssen mit glaubwürdigen Investitionen in alternative Beschäftigungsformen, regionaler Entwicklung und langfristiger wirtschaftlicher Sicherheit einhergehen.



⁹ Vasilopoulou and Halikiopoulou (2023).

¹⁰ Halikiopoulou et al. (2026).

Kern- und Rand-Wähler:innen der radikalen Rechten: Zusammenfassung

	Wählerprofil	Hauptmotiv	Typische Regionen	Anteil in der Wählerschaft der radikalen Rechten	Politischer Hebel für Progressive
Kern-Wähler:innen	Kulturalist:in	Wahrgenommene kulturelle und identitätsbezogene Bedrohungen; Wir-gegen-sie-Weltbild	Europaweit (v. a. Österreich, Deutschland, Italien)	Klein	Sehr gering – Präferenzen sind gefestigt und ideologisch
Rand-Wähler:innen	Materialist:in	Wirtschaftliche Unsicherheit und wahrgenommene Konkurrenz durch Migration	Europaweit (v. a. Finnland, Schweden, Dänemark, Ungarn)	Groß	Hoch – wirtschaftliche Unsicherheit, öffentliche Dienste, Wohnen & Arbeit adressieren
	Sozialstaat-befürworter:in	Soziale und wirtschaftliche Risiken; Wunsch nach sozialer Absicherung	Westeuropa; besonders in den nordischen Wohlfahrtsstaaten	Groß	Hoch – Sozialstaat stärken und Nullsummenkonkurrenz verringern
	Absteiger:in	Sozialer Abstieg; Unzufriedenheit mit Beruf, Einkommen und Lebenssituation	Länder mit geringerem Klassenabstieg (z. B. Griechenland, Italien, Österreich, Belgien)	Klein (aber in Koalitionen mobilisiert)	Hoch – Aufstiegschancen, Arbeitsplatzsicherheit, öffentliche Dienste und Gewerkschaften stärken
	Misstrauische:r	Unzufriedenheit mit Institutionen, Demokratie und staatlicher Leistung	Europaweit	Groß	Mittel bis hoch – staatliche Leistungsfähigkeit und Umsetzung verbessern
	Anti-Grüne:r	Ablehnung von Umweltpolitik, die als wirtschaftlich belastend wahrgenommen wird	Westeuropa (v. a. Deutschland, Frankreich); ländliche und periphere Regionen	Mittel	Mittel – gerechter Übergang und regionale Investitionen (Kompensation allein genügt nicht)

Die Empfehlung: Rechtsradikale Wähler:innen ansprechen, die Progressive tatsächlich für sich gewinnen können

Dieses Modell bietet progressiven Mainstream-Parteien klare strategische Vorteile. Es geht über eine stark vereinfachte Sichtweise auf die rechtsradikale Wählerschaft hinaus und zeigt auf, wo der Kampf um Stimmen tatsächlich stattfindet, nämlich bei den Rand-Wähler:innen, die rechtsradikale Parteien nicht aus ideologischen Gründen, sondern situationsabhängig unterstützen.

Erfolgreiche Parteien weiten ihre Anhängerschaft auf potenzielle Rand-Wähler aus, ohne dabei ihre bestehende Kernwählerschaft zu verprellen. Rechtsradikale Parteien haben breite Koalitionen rund um gemeinsame Problemfelder, Ängste und Sorgen aufgebaut. Progressive Parteien können dieselbe Strategie verfolgen und gezielte, glaubwürdige Antworten auf jene materiellen und leistungsbezogenen Anliegen bieten, die das Verhalten der Wähler:innen am Rand bestimmen.

Empfehlung 1: Was Progressive vermeiden sollten

Progressive sollten nicht vorrangig danach trachten, die Kernwählerschaft der Radikalen Rechten für sich zu gewinnen. Kulturalist:innen bilden eine kleine, aber stabile Gruppe, deren Unterstützung auf tief verwurzelten, identitätsbasierten Weltanschauungen beruht und die gegenüber politischen Zugeständnissen weitgehend unempfindlich ist. Rechtsradikale Rhetorik nachzuahmen oder einen Wettstreit auf kulturellem Terrain zu führen, birgt die Gefahr,

rechtsradikale Narrative zu legitimieren, ohne dabei Wahlgewinne zu erzielen.

Empfehlung 2: Worauf sich progressive Kommunikation konzentrieren sollte

Progressive Strategien sollten stattdessen den Fokus auf Randwähler:innen legen, die rechtsradikale Parteien aus Protest und als politische Antwort unterstützen. Das Ziel besteht darin, rechtsradikale Koalitionen zu schwächen und gleichzeitig politisch wenig eingebundene und desillusionierte Wähler:innen zu mobilisieren.

Empfehlung 3: Progressive politische Antworten

Progressive Politik muss die zugrunde liegenden Probleme und Anliegen bestimmter Rand-Wählergruppen ansprechen – maßgeschneidert für den nationalen und regionalen Kontext. Schwerpunkte sind materielle Unsicherheit, Verteilungskonflikte, wirtschaftliche Verwundbarkeit und Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit. Dazu gehört der Schutz öffentlicher Dienstleistungen, stärkere soziale Absicherung, die Verringerung von Arbeitsplatz- und Einkommensunsicherheit sowie die Abwägung zwischen verschiedenen Gegenstrategien, und zwar in dem Bewusstsein, dass wirksame Maßnahmen für Rand-Wähler:innen die Unterstützung im rechtsradikalen Kern möglicherweise nicht schwächen, sondern manchmal sogar verstärken können.

Literaturhinweise

Gugushvili, A., Halikiopoulou, D. und Vlandas, T. (2025). "Downward Class Mobility and Far-Right Party Support in Western Europe." Political Behavior.

Halikiopoulou, D., Gugushvili A., Vlandas, T. (2025) Policy Brief: "Losing ground: how class decline fuels far-right party support in Europe" European Trade Union institute (ETUI). Abrufbar unter: <https://www.etui.org/publications/losing-ground-how-class-decline-fuels-far-right-party-support-europe>

Halikiopoulou, D., Vrakopoulos C. und Christoph Arndt. (2026). "Far-Right against Green: The Re-Emergence of Geographically Defined Voting Patterns and the New Environment Cleavage in Western Europe." European Political Science Review 18(1): 67–86. <https://doi.org/10.1017/S1755773925100155>

Halikiopoulou, D. und T. Vlandas. (2025). "Technical Brief: The atomistic fallacy in political science and its implications for how we study the far right." European Trade Union institute (ETUI). Abrufbar unter: <https://www.etui.org/publications/atomistic-fallacy-political-science-and-its-implications-how-we-study-far-right>

Halikiopoulou, D. und Vlandas T. (2020). "When Economic and Cultural Interests Align: The Anti-Immigration Voter Coalitions Driving Far Right Party Success in Europe." European Political Science Review 12, no. 4: 427–48. <https://doi.org/10.1017/S175577392000020X>

Halikiopoulou, D. und Vlandas T. (2022). "Understanding right-wing populism and what to do about it." Friedrich Ebert Stiftung (FES) Regional Office for Cooperation and Peace in Europe, Vienna.

Norris, P. und Inglehart, R (2019) Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism. Cambridge: Cambridge University Press.

Rooduijn, M., A. L. P. Pirro, D. Halikiopoulou, C. Froio, S. Van Kessel, S. L. De Lange, C. Mudde, and P. Taggart. (2024) "The PopuList: A Database of Populist, Far-Left, and Far-Right Parties Using Expert-Informed Qualitative Comparative Classification (EiQCC)." British Journal of Political Science 54, no. 3: 969–78. <https://doi.org/10.1017/S0007123423000431>

Vasilopoulou, S. und D. Halikiopoulou. (2023). Democracy and discontent: institutional trust and evaluations of system performance among core and peripheral far right voters', Journal of European Public Policy.

Vlandas, T. und Halikiopoulou, D. (2022). "Welfare state policies and far right party support: moderating 'insecurity effects' among different social groups." West European Politics.

Über die Autoren

Daphne Halikiopoulou ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft am Institut für Politik und Internationale Beziehungen der University of York. Sie hat umfangreich zu Nationalismus sowie zu den kulturellen und ökonomischen Ursachen der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien publiziert.

Tim Vlandas ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie und Sozialpolitik, Fellow des European Studies Centre am St Antony's College sowie Associate Member des Nuffield College – beide an der University of Oxford. Seine Forschung untersucht die politischen und wirtschaftlichen Ursachen sowie die Folgen sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Europa.

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

FES Regionalbüro für Internationale Zusammenarbeit
Demokratie der Zukunft
Reichsratsstraße 13/5
A-1010 Wien

Lektorat

Michael Jennewein
michael.jennewein@fes.de

Margarete Lengger
margarete.lengger@fes.de

Design

Flo Müller

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Rechte am Bildmaterial liegen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. Das Bildmaterial darf ausschließlich im Rahmen der Berichterstattung über die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. verwendet werden. Eine kommerzielle Nutzung des Bildmaterials ist nicht gestattet. Bei Fragen zur Klärung der Nutzungsrechte wenden Sie sich bitte an die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Juli 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
www.fes.de/publikationen



**FES Regionalbüro für Internationale
Zusammenarbeit - Demokratie der Zukunft**